



**Niederschrift
über die Sitzung der
Bürgerversammlung zum
Thema „Sicherheit in der
Stadt Biberach“
- öffentlich -**

am 03.11.2008

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

14 Stadträte

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Fessler Ordnungsamt
Herr Heinzl, Jugend Aktiv
Herr König, Jugend Aktiv
Herr Kuhlmann, Baudezernat
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Schley, Mali-Hauptschule
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule

Sonstige:

Herr Becker, Polizeidirektion
Herr Knöpfel, Dornahof
Und 40 weitere Bürger

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerversammlung zum Thema Sicherheit in der Stadt Biberach	

TOP 1 **Bürgerversammlung zum Thema Sicherheit in der Stadt Biberach**

OB Fettback begrüßt die Anwesenden und stellt fest, die Einladung sei auf etwas wenig Zuspruch gestoßen. Offensichtlich bestünden gerade andere Prioritäten, dennoch bewege das Thema die Menschen. Sicherheit sei allgemein ein wichtiges Thema für die Innenstadt. Stelle man sich die Frage, wann Menschen sich wohl fühlten, so stehe an erster Stelle das Einkommen, eine Arbeit, was in Biberach weitgehend gegeben sei. An zweiter Priorität komme, dass sich die Menschen wohl fühlen, sicher fühlen wollten, wobei objektive und subjektive Sicherheit nicht identisch seien. Man müsse sich mit dem Thema dennoch auseinandersetzen. An dritter Stelle stehe ein gutes Kultur- und Sportangebot.

In Biberach sei Handlungsbedarf gegeben, auch wenn man in der Statistik nicht ausreiße. Dies sei ein gesamtgesellschaftliches Problem. Schon vor 10 Jahren habe man im Rahmen des Schützenfestes eine Sicherheitskommission gebildet. Der Kreis thematisiere den Komplex und er sei vom Verlust der ländlichen Ländlichkeit die Rede gewesen. Es sei festzustellen, dass das Land überproportional gegenüber den großen Städten aufhole. Der ländliche Raum sei also keine heile Welt mehr. Gemeinderat und Verwaltung hätten schon viel getan. Jugend Aktiv als solches sei eine Erfolgsstory. Ferner habe man Bildung und Betreuung zu Topthemen erklärt und in deren Rahmen finde seit Jahren Sprachförderung statt. Auch Schulsozialarbeit werde angeboten und solle ausgedehnt werden. Man unterstütze die Vereine allgemein, speziell aber auch durch die Jugendförderung. Als weitere Beispiele nennt er die Unterstützung von KISS und Jugendkunstschule. Man habe vieles angestoßen, beispielsweise den Abenteuer Spielplatz oder das Projekt „Bildschirme raus aus Kinderzimmern“ und habe einen Präsenzdienst. Trotz all dieser Anstrengungen habe man mit Blick auf die jungen Menschen, von denen ein Teil Sorge bereite, Handlungsbedarf und müsse noch mehr tun. Denn die Angebote würden oft nicht von denen wahrgenommen, die sie nötig hätten. Die Stadt alleine könne dieses gesamtgesellschaftliche Problem nicht lösen. Alle seien gefordert. Natürlich stünden hier oft an erster Stelle die Familien, man müsse aber erkennen, dass dann, wenn man die Familien nicht erreiche, man als Stadt direkt auf die jungen Menschen zugehen müsse, wo dies möglich sei. Die Sprachförderung stelle hier eine der effektivsten Maßnahmen dar.

Das Sicherheitskonzept sei vom Gemeinderat einstimmig angenommen worden. Es fuße auf den Prinzipien Fördern und Fordern. Es beinhalte die Unterzeichnung des Sicherheitskonzeptes mit dem Landkreis. Es stelle erstmals einen landkreisweiten Versuch dar, den ordnungsrechtlichen Jugendschutz zu regeln und einheitlich vorzugehen. Als zweites habe man eine Lenkungsgruppe kommunale Kriminalprävention eingesetzt, denn überwiegend sei die Kriminalität wohnortnah und somit ein kommunales Problem. Als dritte Säule solle der Präsenzdienst ausgedehnt werden. Er kontrolliere öffentliche Wege und Plätze. Auch unter dem Präventivaspekt wolle man die Schulsozialarbeit weiter ausdehnen und mit mobiler Jugendarbeit beginnen. Man wende sich bewusst an die jungen Menschen, die vorhandene Angebote nicht wahrnähmen.

Anschließend referiert Herr Becker von der Polizeidirektion Biberach anhand eines Power-Point-Vortrags zum Thema Sicherheit in Biberach. Er macht darauf aufmerksam, dass der Vortrag sich auf Zahlen von 2007 beziehe. Der Vortrag ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt. Daraus wird unter anderem deutlich, dass im Vergleich die Zahl der Straftaten nahezu gleich blieb. Die Aufklärungsquote liegt bei rund 60%. Die Zahl tatverdächtiger Kinder sank, die tatverdächtiger Jugendlicher stieg im gleichen Zeitraum um 9%. Die Hälfte aller Straftaten werde in der Innenstadt begangen, wobei man wissen müsse, dass das Tatortprinzip gelte. Körperverletzungsdelikte

hätten in den letzten 10 Jahren zugenommen. Die Haupttatenzeiten lägen zwischen 22 Uhr und 2 Uhr, weshalb die Ausdehnung des Endes von Veranstaltungen durch die Gaststättenverordnung problematisch sei. In Biberach seien alle harten Drogen verfügbar, wobei man keine offene Drogenszene habe, worüber man froh sei. Man habe jedoch Hinweise auf Konsumentenzirkel und Beschaffungskriminalität. Das Sicherheitsbedürfnis werde wesentlich durch Ordnungsstörungen wie beispielsweise Ruhestörungen, Sachbeschädigungen und Alkoholmissbrauch beeinträchtigt. Er streift die schwierige Personalsituation der Polizei und gibt zu verstehen, durch eine Organisationsentwicklung sei man dennoch gut aufgestellt. Auch bezeichnet er eine intensive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten als wichtig. Man müsse näher zusammenrücken, da mit polizeilichen Mitteln nicht alle Probleme gelöst werden könnten. Er plädiert für eine Kultur des Hinschauens und Zivilcourage. Wenn jeder seinen Teil dazu beitrage, wäre viel gewonnen.

Es wird applaudiert.

Anschließend stellt Herr Knöpfel vom Dornahof dessen Beschäftigungs- und Betreuungskonzept kurz vor und lässt wissen, im Winter 2005 habe man auf Anfrage von Stadt und Kreis mit dem Präsenzdienst begonnen, nachdem der Vandalismus am Bahnhof zugenommen habe. Aufgrund positiver Resonanz sei im November 2006 die zweite Staffel mit vier Vollzeitstellen, finanziert aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, fortgesetzt worden. Man habe die Einsatzzeiten auf 16 Uhr bis 24 Uhr verlängert und leiste an 365 Tagen im Jahr Bereitschaftsdienst. Die Stadt habe ab November 2007 die Fortführung des Präsenzdienstes gewährleistet, den es sonst nicht mehr geben würde. Man laufe 29 verschiedene Kontrollpunkte in Abstimmung mit Stadt und Polizei ab. Hier erfolge eine sehr enge Verzahnung. Man sichere mindestens eine fünftägige Bereitschaft und wenn es personell funktioniere wolle man wieder täglich präsent sein. Man sei nur bis 24 Uhr im Einsatz, da man keine ordnungsrechtlichen oder polizeirechtlichen Möglichkeiten habe, sondern nur Jedermanns-Rechte. Die Wirkung werde allein durch die Präsenz erzielt. Ab 24 Uhr beginne jedoch der kritische Bereich. Er habe den Eindruck, dass sich durch den Präsenzdienst eine nachhaltige Steigerung des Sicherheitsgefühls der Biberach Bevölkerung eingestellt habe. Nach den erfahrenen Rückmeldungen fühlten sich die Bewohner wohler.

Es wird applaudiert.

OB Fettback unterstreicht, private Sicherheitsdienste seien nicht mit dem Präsenzdienst des Dornahofs vergleichbar, denn von ihm seien regelmäßige Kontrollen gewünscht.

Herr Fessler fügt an, der Präsenzdienst leiste seit mehreren Jahren sehr gute Arbeit. Ab 2009 solle er durch den Vollzugsdienst unterstützt werden, wodurch man die hoheitliche Seite stärken wolle. Dann könne man mit Ordnungsstörern reden und wenn nötig Grenzen aufzeigen und durchgreifen. Der Präsenzdienst überwache verschiedene Plätze, unter anderem auch Containerstandorte.

Es wird applaudiert.

Herr Dr. Hanno Wulz fragt, wie man Mitarbeiter des Präsenzdienstes erkennen könne, worauf Herr Knöpfel antwortet, sie seien in der Regel mit dunklen Jacken gekleidet, an denen ein Dienstausweis angebracht sei. Vor ihrem Einsatz durchliefen sie eine Schulung bei der IHK Weingarten für den Grundschein für das Wach- und Sicherheitsgewerbe.

Abschließend stellt Herr König von Jugend Aktiv die Zielgruppen und Arbeitsweisen der mobilen Jugendarbeit dar. Diese wolle man in Biberach neu aufbauen und Jugendliche aufsuchen, also sogenannte Streetwork betreiben. Ein starker Fokus werde auf die Jugendlichen gerichtet, die Probleme bereiteten. Dabei sei der Ansatz immer, festzustellen, warum der Jugendliche Probleme habe und wie man ihm helfen könne. Man erhalte hierfür zwei Vollzeitstellen und werde eventuell durch Landesmittel unterstützt. Zielgruppe seien die 12 bis 26-jährigen, die besonders von Ausgrenzung betroffen seien, von bestehenden Angeboten nicht erreicht würden, sowie auffallende Cliques, die man gezielt ansprechen wolle. Am Ende stehe immer eine individuelle Beratung und Unterstützung. Er stellt klar, dass man damit nicht die gesamte Innenstadt befrieden könne, und dass es sich um einen langen Prozess handle, der viel Einfühlungsvermögen erfordere. Je mehr Optionen die Jugendlichen jedoch hätten, um so größer sei die Chance, dass sie nicht negativ auffielen. Das umfangreiche Angebot für Jugendliche sei diesen oft nicht bekannt. Angebote bestünden auch für Cliques und es sei weiteres geplant, beispielsweise im Rahmen der gemeinwesenorientierten Arbeit, er spricht von Jugendaktionstagen und ähnlichem. Auch wolle man das Jupa integrieren. Eine enge Kooperation sei auch mit dem Jugendamt gedacht und man benötige eine Vereinbarung mit der Polizei über die Zusammenarbeit und ihre Grenzen, da die Streetworker nicht Informationslieferanten für die Polizei sein könnten, wolle man Vertrauen zu den Jugendlichen aufbauen. Erforderlich seien auch offene Räume und innenstadtnah ein Kontaktbüro.

Es wird applaudiert.

OB Fettback fasst zusammen, die Stadt gehe in vielen Bereichen in Vorleistung und der Landkreis sei in die Schulsozialarbeitsförderung eingestiegen und bereit, bei der mobilen Jugendarbeit gegebenenfalls Projektfördermittel zur Verfügung zu stellen.

Anschließend findet die Fragerunde statt.

Eine Frau fragt, wie oft der Präsenzdienst im Wieland Park vor Ort sei, welche Rechte er habe und ob er auch jemanden von dort verweisen könne. Im Sommer sei es während der gesamten Ferienszeit sehr laut gewesen. Die Polizei sei überfordert gewesen, habe zu wenig Personal und habe nicht kommen können.

OB Fettback wirft ein, vom Runden Tisch Wieland Park habe er die Rückmeldung, dass sich die Situation deutlich entschärft habe.

Herr Knöpfel lässt wissen, der Präsenzdienst erscheine zweimal in der Nacht zu wechselnden Zeiten im Wieland Park. Sofern sich die dort Aufhaltenden vernünftig verhielten, fordere man sie nicht auf, den Platz zu verlassen, da ohne Alternative die Probleme nur verschoben würden. Komme es zu Sachbeschädigungen oder ähnlichem spreche man die Personen darauf an und in der Regel mache man ab 22 Uhr darauf aufmerksam, dass der Wieland Park geschlossen sei. Ein großes Problem stellten der Alkohol dar und die Nähe der Aral- und RUN-Tankstelle. Durch ihn komme es oft zu Gewalt.

OB Fettback lässt wissen, durch die Ergänzung des Präsenzdienstes um Vollzugsdienstbeamte sei man eher in der Lage, Ordnungswidrigkeiten anzudrohen und zu verfolgen. Man habe verschiedene Vorstöße gegenüber den Tankstellen versucht, ein rechtliches Verbot des Alkoholverkaufs sei aber nicht möglich. Sowie hierzu eine rechtliche Handhabe bestünde, würde man aktiv. So lange sei man auf freiwillige Aktionen der Besitzer angewiesen.

Herr König bestätigt auf Frage eines Bürgers, dass sich die Problemgruppen quer durch alle sozialen Schichten zögen. Gewaltbereitschaft habe vielfältige Hintergründe. Oft handle es sich um Vernachlässigung, es könne aber auch Überbehütung der Grund sein. In bestimmten Cliques könne man eine bestimmte Häufung von Problemfällen feststellen.

OB Fettback meint, meist gehe es den Jugendlichen um Anerkennung. Wenn es gelinge, einige wenige aus einer Gruppe „umzudrehen“, dann hätten diese unter Umständen Vorbildwirkung auf die gesamte Gruppe.

Herr Matthias Müller der unter anderem aktuell die Veranstaltungsreihe „Hey man“ organisiert, meint, die Familien seien gefordert. Er richtet einen starken Appell am Weltmännertag an die Väter, als Leitfigur mehr an der Erziehung mitzuwirken. Er meint, man benötige auch familienfreundliche Unternehmen und spricht sich für ein Ranking diesbezüglich unter den Unternehmen aus. Man benötige Arbeitszeitmodelle, damit Väter mehr bei ihren Familien sein könnten. Väter sollten auch über die Volkshochschule besser gefördert werden und mehr Angebote für Jungen gemacht werden.

OB Fettback meint, die Ursachen für gesellschaftliche Veränderungen seien vielfältig und in der Tat seien die Familien gefordert, man erreiche sie aber oft nicht im erforderlichen Rahmen. Daher müsse man sich vor allen bei bildungsschwachen Familien direkt an die Kinder wenden.

Eine Bürgerin meint, der Präsenzdienst sollte noch enger mit der Stadt zusammenarbeiten und auch mehr mit der Jugendarbeit verbunden werden. In Frankfurt seien beispielsweise Streetworker, Ordnungsdienst und Präsenzdienst gemeinsam im Einsatz. Herr König erwidert, dies sei mit der gedachten gemeinwesenorientierten Zusammenarbeit gemeint.

OB Fettback fügt an, die Zusammenarbeit von Ordnungsdienst und Präsenzdienst sei bereits vorgesehen. Auch die Tätigkeiten von Jugend Aktiv seien sehr breit angelegt und es erfolge eine Vernetzung. Das neue Standbein der mobilen Jugendarbeit funktioniere aber nur ohne direkte Verbindung zu anderen städtischen Institutionen, da sonst zu befürchten sei, dass sich die Jugendlichen nicht öffneten. Eine Vernetzung finde auch durch die Lenkungsgruppe statt, in der alle relevanten Gruppen vertreten seien.

Frau Waltraud Riek bringt vor, sie beobachte als Innenstadtbewohnerin seit vielen Jahren Jugendliche. Bei manchen sei schon im Kindergartenalter absehbar gewesen, was aus ihnen werde. Sie appelliert, möglichst viel Kraft in die Entwicklung von Kindern zu investieren, damit Strukturen aufgebrochen werden könnten. Prävention sei wichtig. Bildungsangebote kosteten Geld und würden daher von Sozialschwachen oft nicht wahrgenommen.

OB Fettback erwidert, Biberach sei bundesweit Vorreiter in der Sprachförderung, denn es sei unbestritten, dass man Kinder eher erreiche, je früher man auf sie zugehe. Man sei auf dem Weg zu niederschweligen, kostenlosen Angeboten. Hierüber werde beispielsweise bezüglich Musikschulangeboten diskutiert.

Herr König gibt zu verstehen, die mobile Jugendarbeit sei nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern sei als ein Präventionsangebot zu sehen.

Traudel Garlin spricht das Thema Zivilcourage an und schildert einen selbst erlebten Fall, als abends Jugendliche auf dem Viehmarktplatz volle Wasserflaschen auf den Glaseingang der Stadtbücherei geworfen hätten. Sie habe die Jugendlichen darauf angesprochen, worauf diese drohend auf sie zugegangen seien und sie die Flucht ergriffen habe. Sie fragt, was sie hätte tun können.

Herr Becker erwidert, sie habe sich genau richtig verhalten im Bewusstsein, dass es zu einer kritischen Situation kommen könne. Wenn es brenzlich werde, solle man die 110 wählen.

Auch OB Fettback bezeichnet Zivilcourage als wichtig. Wichtig sei auch eine Vorbildfunktion.

Herr Becker lässt auf Frage wissen, im Bereich der Jugendstraftaten seien die Jungen überrepräsentiert mit 98 bzw. 95% zu 5%. Beim Alkoholkonsum seien Mädchen zwar zunehmend auffällig, dies schlage sich aber in den Statistiken nicht deutlich nieder. Jungen glänzten dagegen im Bereich Gewaltkriminalität.

Herr König nimmt Mädchen etwas anders wahr und meint, sie könnten auf Jungen dämpfend oder anreizend wirken und letzteres sei immer mehr der Fall.

Herr Becker stellt klar, seine Aussagen hätten sich auf Körperverletzungen bezogen.

Eine Bürgerin schildert einen Fall, bei dem sie nachts von drei Männern angegriffen worden sei. Es habe 20 Minuten gedauert, bis die Polizei gekommen sei. Sie habe gehört, dass Biberach der Hauptdrogenumschlagplatz für die russische Maffia sei und ein Anwalt habe ihr geraten, den Vorfall unter den Tisch fallen zu lassen. Sie erlebe seit Jahren in ihrem Umfeld, dass bewusst Kriminaltaten ausgeübt würden. Sie erzählt von einem Nachbarn in Rißegg, der von vier Männern zusammengeschlagen worden sei. Diese seien nicht betrunken gewesen. Ein anderer Nachbar sei in einer Bar von hinten angezündet und ihm dann eine Glasflasche auf den Kopf geschlagen worden. Die Täter hätten immer ausländisch gesprochen. Bekannt sei aber auch, dass die Polizei nicht aktiv werde, wenn es sich bei Tätern um Türken oder Russen handle.

Herr Becker bringt vor, in Biberach gebe es sicher auch organisierte Bandenkriminalität, die von der Polizei mit allen Mitteln und Möglichkeiten bekämpft werde. Wenn man Probleme habe, in Not sei oder eine entsprechende Beobachtung mache, solle man immer die 110 rufen. Von dort werde alles im Rahmen der Möglichkeiten zur Entschärfung der Situation eingeleitet. Dass es im Einzelfall 20 Minuten dauern könne, bis die Polizei vor Ort sei, könne man nicht ausschließen, was auch durch das große Einsatzgebiet bedingt sei und durch die Vielzahl der Einsätze. Er berichtet von einer Nacht mit 80 Einsätzen. Hier sei eine Priorisierung nach den Aufgaben erforderlich. Er verwahrt sich gegen die Aussage, die Polizei erscheine zu Bandenkriegen nicht. Im Einzelfall könne es sich um taktische Überlegungen handeln, zunächst verschiedene Einheiten zusammenzuziehen, um vor Ort mit entsprechender Polizeipräsenz den Einsatz durchführen zu können.

OB Fettback zeigt Hochachtung vor der polizeilichen Leistung.

Eine Bürgerin spricht die mobile Jugendarbeit an. Diese werde in ganz Deutschland praktiziert und sicher könne man hier auf Erfahrungen anderer zurückgreifen und sich Unterstützung holen. Man müsse das Rad nicht neu erfinden. Dann bittet sie noch um weitere Informationen zur Schulsozialarbeit, deren Methoden und der konkreten Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern.

Herr Schley trägt vor, an der Mali-Hauptschule habe man seit fünf Jahren mit einer 100% Stelle in der Schulsozialarbeit Erfahrung. Er verdeutlicht, dass Probleme an den Schulen nicht an die Schulsozialarbeiter abgegeben werden könnten und damit erledigt seien, vielmehr beginne dann erst die eigentliche Arbeit. Durch die Schulsozialarbeit habe man zusätzliche sozialpädagogische Kompetenz an der Schule. Es fänden konkrete Projekte an der Schule statt und es erfolge eine Vernetzung mit der Jugendarbeit. Das Schulklima, die Schulkultur hätten sich verbessert. Durch das Ganztagsangebot könne man eine enorm positive Entwicklung feststellen. Beispielsweise werde von 7 bis 7:30 Uhr ein Schulfrühstück angeboten, an dem 50 bis 70 Schüler teilnähmen. Diese hätten dann einen viel besseren Schulbeginn. Probleme bereite immer wieder die nicht vorhandene Einsicht bei Eltern. Man habe nur die Möglichkeit, Schüler auf Verhaltensauffälligkeiten überprüfen zu lassen. Seien die Eltern dann jedoch mit den entsprechenden Vorschlägen, nicht einverstanden, habe man keine Möglichkeiten, denn das Elternrecht gehe vor. Der Lebensraum Schule habe viele positive aber auch negative Folgen, wobei bei letzteren der Präsenzdienst eine enorme Entspannung der Situation gebracht habe.

Thomas Laengerer appelliert, die Zivilcourage zu fördern, beispielsweise durch Seminare und Kurse, mit denen man sich dem Thema nähern könne. Es sei ein Grundsatzproblem, dass sich die Menschen aus Angst nicht mehr einmischten. Dies sei ein Fehler. Daher müsse man grundsätzlich geschult werden, wie man sich verhalten sollte, beziehungsweise wie man auf keinen Fall agieren sollte.

Herr Schreier erwidert, an der Mali-Schule versuche man dies durch das sogenannte Konfliktmanagement. Dies sei ein Lernprozess, der seine Zeit dauere. Die Angst könne man niemand nehmen, man müsse aber den Mut finden, mit ihr umzugehen.

OB Fettback nimmt die Anregung auf, eventuell einen Workshop an der Volkshochschule zum Thema Zivilcourage anzubieten.

Ein Bürger bringt vor, Zivilcourage sei seines Erachtens eine Frage der inneren Einstellung. Natürlich spiele Angst eine Rolle. Es gebe auch die Angst, mit den Folgen allein gelassen zu werden.

Herr Becker bezeichnet Zivilcourage auch immer als positiv und macht auf den Opferschutz des Weißen Rings aufmerksam.

Ein anderer Bürger lobt die Stadt dafür, was sie zur Sicherheit unternehme. Dies verdiene Anerkennung. Als Politiker müsse man jedoch weiter gehen und auch das Land müsse seinen Beitrag leisten und beispielsweise das Ansehen der Polizei stärken. Der Justiz müsse es möglich sein, zeitnah ohne allzu großen Ermessensspielraum zu reagieren. Auch die Datenschutzdiskussion gehöre zum Thema. Er habe die geplante Videoüberwachung an Schützen begrüßt und sei enttäuscht gewesen, dass diese nicht erlaubt worden sei. Er gibt zu bedenken, welchen Nutzen Zivilcourage habe, wenn ewig lange Verfahren zu erwarten seien. Es sei dann keinem Bürger zumutbar, gegen eine Gruppe Zivilcourage zu zeigen. Dann sei es vermutlich besser, gleich die Polizei zu rufen. Ob Einsatzzeiten von 20 - 30 Minuten tragbar seien, stellt er in Frage. Man müsse auch deren Ausstattung beleuchten. Er bezeichnet ihr Bemühen zur Unterstützung der Stadt als hervorragend.

Es wird applaudiert.

OB Fettback legt dar, man werde in den entsprechenden politischen Gremien aktiv. Er bezeichnet es als skandalös, dass die Bundesregierung ausdrücklich beim Bildungsgipfel die Kommunen nicht dabei haben wollte. Man mache in den Kommunen so viel, dies werde aber nicht von der Bundesregierung wahrgenommen. Dennoch müsse man handeln, denn die Bürger vor Ort unterschieden nicht nach Zuständigkeit. Es sei es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, denn man könne nicht immer nur sagen, was wichtig wäre und dann nicht handeln.

Da keine weiteren Fragen mehr zu diesem Thema sind, stellt OB Fettback die Frage in die Runde, ob noch Fragen zu anderen städtischen Themen bestehen, was nicht der Fall ist.

Er dankt abschließend den Teilnehmern der Bürgerversammlung. Dass sie sich Zeit für dieses Thema genommen hätten, zeuge auch von Zivilcourage. Er dankt den Referenten und Dezernenten für den Einsatz zu dieser Querschnittsaufgabe, die alle betreffe.

Abschließend richtet er einen Gruß an die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, die vereinbarungsgemäß nicht das Wort ergriffen hätten.

Es wird applaudiert.

Damit ist die Bürgerversammlung beendet.

**Bürgerversammlung zum Thema „Sicherheit in der Stadt Biberach“
03.11.2008, öffentlich**

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann